

Glanz und Elend der deutschen Geschichte

Schlüsselergebnisse von 1989 bis 2017

Band 10

Das Märchen von Souveränität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ...

Band 10/137

Die Neue Weltordnung des US-Imperiums, Teil 13

Die "Neue Weltordnung" wurde in der Bundesrepublik Deutschland mit folgenden Destabilisierungsmaßnahmen durchgesetzt:

- Destabilisierung durch Massenmigration: Die Auflösung des monokulturellen Staates durch die Flutung mit Millionen von Migranten führt zwangsläufig zur Schaffung eines leicht zu lenkenden "Lumpenproletariats" in Parallelgesellschaften ohne nationale Kulturwerte. Die Durchsetzung der Globalisierungs-Ideologie bzw. Auflösung der nationalen Kultur (Multikulti) wird in der Bundesrepublik Deutschland besonders mit Hilfe der sog. antirassistischen Nazikeule realisiert. Der Staat bemüht sich nicht mehr um das Gemeinwohl des Volkes, sondern die "liberale Demokratie" vertritt gegenwärtig fast ausschließlich nur noch die Interessen von schutzbedürftigen "Minderheiten" (Migranten und sonstige bedürftige Gruppen).

Der österreichische Verhaltensforscher Irenäus Eibl-Eibesfeldt warnte bereits im Jahre 1994 in seiner Streitschrift "Wider die Mißtrauensgesellschaft" die dichtbevölkerten Länder Europas, "Bevölkerungsüberschüsse anderer Regionen aufzunehmen" (x268/185): >>... Die Einwanderer nehmen mit ihrer Niederlassung auf die Dauer die kostbarste Ressource in Anspruch, die einem Volk zur Verfügung steht, nämlich das Land. ...

Gestattet ein Volk anderen den Ausbau von Minoritäten im eigenen Lande, dann tritt es praktisch Land ab und belastet sich innerhalb der eigenen Grenzen mit zwischenethnischen Konflikten.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die Folgen der massenhaften Einwanderung (x268/185): >>Aus Sicht der Einwanderer handelt es sich um eine unblutige Landnahme, aus der Sicht der Einheimischen um einen Verlust der Heimat; denn viele Familien ziehen aus den Ausländervierteln weg, weil sie den Eindruck haben, daß ihre Kinder in mehrheitlich deutschen Schulen mehr lernen oder weil ihnen die Straßen im Kiez zu unsicher geworden sind.

Soweit es Vertriebene aus Ostdeutschland sind, verlieren sie ihre Heimat so zum zweiten Mal. ...<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 18. Oktober 2017: >>**Deutschen Großstädten droht Bevölkerungsexplosion**

Als Folge der unkontrollierten Masseneinwanderung, an der auch der Scheinkompromiß zwischen CDU und CSU mit einem völlig unverbindlichen "Kontingent" von 200.000 sogenannten Flüchtlingen jährlich nichts ändert, droht die Bevölkerung in den deutschen Ballungsgebieten regelrecht zu explodieren!

Davor warnt das Kölner "Institut der Deutschen Wirtschaft" (IW). Es geht davon aus, daß

Großstädte, die bereits jetzt Migrantenanteile von 30 bis 40 Prozent in manchen Bezirken haben, mit einem weiterhin massiven Bevölkerungsanstieg rechnen müssen. Die Entwicklung werde sich in den nächsten 10 bis 20 Jahren noch beschleunigen.

Allein für die Multikulti-Hauptstadt Berlin sagt das Kölner Institut einen durchschnittlichen Bevölkerungszuwachs von 14,5 Prozent bis 2035 voraus.

Die bayrische Landeshauptstadt München muß demnach mit einem Bevölkerungsanstieg von etwa 14,4 Prozent bis zum Jahr 2035 rechnen. In Hamburg dürfte der Zuwachs bei etwa 9 Prozent liegen. Es ist also nur noch eine Frage der Zeit, bis die biodeutsche Bevölkerung, wie jetzt schon in manchen Stadtteilen Berlins, in die Minderzahl gerät.

Neben der anhaltenden Masseneinwanderung aus arabischen und afrikanischen Staaten in unsere Sozialsysteme - Experten erwarten mittelfristig bis zu weitere sechs Millionen "Flüchtlinge" allein aus Afrika - tragen vor allem die hohen Geburtenraten in Migrantenfamilien zum schleichenden Bevölkerungsaustausch bei - dies ganz im Sinne linksgrüner "Umvölker" und ihrer CDU-Erfüllungsgehilfin im Kanzleramt.

Strategiepapier zur Abschaffung Deutschlands

Die Transformation der bundesdeutschen Gesellschaft fordert unumwunden einen "Leitfaden" der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung. Das unter dem Vorsitz von Aydan Özoguz (SPD), der Bundesbeauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration, erstellte Papier sieht in der Einwanderung einen quasi schicksalsartigen "Prozeß".

Der Begriff der "deutschen Leitkultur" sollte durch ein schwammiges "Leitbild" ersetzt werden, schlagen die Autoren vor.

Für Unternehmen, Behörden und andere Institutionen sollen Migranten-Quoten eingeführt werden.<<

- **Gender-Ideologie:** Gender-Mainstreaming (ideologische Umerziehungsmaßnahmen, die darauf abzielen, unsere christlich-bürgerliche Gesellschaft sowie wesentliche demokratische Grundrechte abzuschaffen). Beim sogenannten Gender-Mainstreaming handelt es sich um ein gefährliches Sozialexperiment (Schaffung einer multiethnischen, multikulturellen, multireligiösen und letzten Endes antidemokratischen Gesellschaft mit entwurzelten, rücksichtslosen, schwachen Einheitsmenschen). Diese "neuen Einheitsmenschen" sollen mit "speziellen Erziehungsprogrammen" (nach dem Vorbild der ehemaligen totalitären UdSSR) ohne Geschlecht (Gender Mainstreaming), ohne Herkunft und Heimat, ohne Geschichte und Kultur (Multi-Kulti), ohne eigene Identität und schließlich ohne Familie formatiert werden.

Die atheistische Gender-Ideologie ist nachweislich eine gottes- und menschenfeindliche Ideologie, die vor allem durch die "Umwertung aller Werte" die Moral, die bürgerliche Familie, die christliche Kultur und den demokratischen Rechtsstaat zerstören will. Diese undemokratische Einmischung in alle Lebensbereiche der Bürger und Familien wurde besonders von der EU maßgeblich unterstützt, um ihren angestrebten diktatorischen EU-Einheitsstaat (EUdSSR) durchzusetzen.

Der angebliche Kampf der selbsternannten Gutmenschen um Freiheit und Gleichberechtigung ist in Wahrheit ein perfides totalitäres System der planmäßigen Gleichschaltung, der systematischen Ausbeutung und der gnadenlosen Unterdrückung. Dieses menschenverachtende Sozialexperiment ähnelt den Vorgängen in den kommunistischen Ländern, als man im 20. Jahrhundert einen neuen "sozialistischen Einheitsstaat" (ein "Paradies auf Erden") mit beliebig manipulierbaren Einheitsmenschen schaffen wollte. Das verhängnisvolle kommunistische Sozialexperiment kostete schließlich nachweislich Millionen von Menschenleben. Die französische Zeitschrift "Figaro" berichtete z.B. im November 1978 von 142.133.700 Blutopfern, mit denen die Kommunisten ihr Sozialexperiment (Weltrevolution) bezahlten.

Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtete am 5. September 2017 (x893/...): >>Gender - Was steckt dahinter?

... In einer hochaktuellen Publikation dieses Titels aus dem Jahr 2015 analysiert der studierte Volkswirt, Publizist und Leiter der Aktion "Kinder in Gefahr" Mathias von Gersdorff (Frankfurt am Main) die ideologischen Grundlagen einer Wahnideologie, die vom gesunden Menschenverstand zwar als wahnsinnig empfunden, von den politischen Machthabern aber aus sinistren Gründen den Menschen oktroyiert wird.

Nun ist es zwar so, daß sich in den letzten Jahren einige der Grundlagen und Quellen der Gender-Ideologie herumgesprochen haben, etwa durch die Publikationen von Gabriele Kuby, Birgit Kelle u.a., daß diese Ideologie aber im politischen und gesellschaftlichen Maßstab weiter erstarkt. Der Widerstand gegen die Umsetzung der Gender-Ideologie etwa in der Schule ist noch zu schwach. Die Eltern scheinen nicht recht zu begreifen, was hier mit ihren Kindern angestellt wird. ...

Kinder als Vehikel der Revolution - eine Forderung seit Karl Marx

Die totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts zeichnen sich durch einen massiven Zugriff auf die Kinder aus. Die Zerschlagung der Familie und die Verstaatlichung der Kinder sind hier Mittel, den totalen Staat zu errichten. Es scheint wenig im Bewußtsein der Zeitgenossen verankert zu sein, daß das infame *Kommunistische Manifest* (1848) den Entzug der Kinder und deren staatliche Erziehung fordert.

Tritt man einige Schritte zurück und blickt auf unsere Situation in Österreich und Deutschland, wird man feststellen müssen, daß Zielvorgaben des Manifests bereits umgesetzt worden sind:

In Deutschland stürmt bereits die Polizei die Häuser von Eltern, die sich weigern, ihre Kinder den perversen Sexualerziehungsplänen an den Schulen auszusetzen. Es wird von Haftstrafen und Kindesentzug berichtet. Das sind Mittel einer Diktatur. Im "freiesten Staat auf deutschem Boden", wohlgemerkt. ...

Gender-Pädagogik gegen Kindeswohl - Widerstand aus der Mitte der Gesellschaft

Die "dekonstruktive Pädagogik" soll "emanzipatorisch" sein. Was auch immer damit genau gemeint sein soll, eines ist klar:

"In Wahrheit geht es hier um die Zerstörung der menschlichen Persönlichkeit und um nichts anderes". ...

Nicht wenige Stimmen aus der Gesellschaft warnen - trotz erheblichen Konformitätsdrucks seitens Politik und "Antifa"-Straßengewalt - vor einer lügenhaften Ideologie, die den Menschen nur unglücklich machen kann und die - das wird viel zu wenig bedacht - in ihrem Kern totalitär ist. Sie ist unduldsam, aggressiv und freiheitsfeindlich. Sie richtet sich vor allem gegen die Kinder, deren seelische Bedürfnisse sie bewußt verletzt und sie selbst zu politisch-ideologisch und revolutionären Zwecken mißbraucht und vernutzt. ...<<

- "**Reformation" des Bildungssystems:** Das weltweit anerkannte, effektive deutsche Bildungssystem, in dem man nach Möglichkeit jeden nach seinen Bedürfnissen und Fähigkeiten förderte, wurde in den letzten Jahrzehnten konsequent zerlegt.

Absenkung des Bildungsstandards für alle Schüler durch ständig geringere Anforderungen, Einführung der Einheitsschule, Abschaffung der Förderschulen, Sonderschulen, Gymnasien und Realschulen sowie des Sitzenbleibens in Schulen und Inklusion im Bildungswesen. Aufgrund der sogenannten "Inklusion" sollen geistig, körperlich, sozial oder sonst wie behinderte Kinder in "normale" Schulkassen integriert werden (alle Kinder sind gleich bzw. alle Kinder sind irgendwie behindert und sind deshalb gleich zu machen). Fast niemand kümmert sich darum, daß besonders die behinderten Kinder unter der Inklusion leiden und die Lehrer hoffnungslos überfordert werden.

Viele Schüler besitzen nicht mehr die Grundkenntnisse, die für eine erfolgreiche Berufsausbildung oder ein Studium benötigt werden.

Einführung des US-Diploms (Bachelor/Master), obwohl unsere deutschen Universitätsabschlüsse jahrzehntelang als vorbildlich galten.

Durch die jahrelang umstrittene Rechtschreibreform wurde die Einheitlichkeit der deutschen Rechtschreibung im In- und Ausland vorsätzlich erheblich beschädigt, um die deutsche Sprache als ehemals führende Wissenschafts- und Kultursprache endgültig auszuschalten.

Das politische Magazin "Cicero" berichtete am 14. Dezember 2017: >>Bildungspolitik - Bildung, die schaffen wir ... ab!

VON KLAUS-RÜDIGER MAI

Die Forderungen nach mehr sozialer Durchmischung der Schulen werden lauter. So sollen Kinder aus bildungsnahen Familien die Leistungsschwächeren mitziehen. Doch die Reformen führen nicht zu mehr Gerechtigkeit, sondern zu einer Absenkung der Bildungsstandards für alle Schüler

Immer lauter und immer öfter wird die Forderung nach einer stärkeren vom Gesetzgeber reglementierten sozialen Durchmischung der Schulen erhoben. Jüngst verstieg sich Morten Freidel angesichts der jüngsten Iglu-Studie zur Lesefähigkeit von Grundschulern zu dem sprachlich fragwürdigen, an den Stil der *taz* erinnernden Imperativ: Mischt Grundschüler!

Die Forderung der "Durchmischung" an den Gesetzgeber geht von folgender Vorstellung aus: Der mangelhafte Wortschatz von Grundschulern und ihre Handicaps im Erlernen des Lesens und Schreibens beruht darauf, daß immer mehr Kinder mit Migrationshintergrund, bei denen zu Hause nicht Deutsch gesprochen wird, in den Klassen auf Kinder treffen, die aus sogenannten bildungsfernen Schichten stammen. ...

Niedrigeres Niveau für alle

Nun wurde in der *FAZ* dieser Vorschlag nicht unterbreitet, dafür aber einer, der nicht weit davon entfernt liegt. Die Länder sollen nicht nur einen Schulbezirk bestimmen, sondern vor allem darüber wachen, daß Eltern sich dem nicht entziehen können. Stillschweigend wird in dem Artikel damit geliebäugelt, Privatschulen abzuschaffen. Denn wenn Eltern nur noch dadurch der Durchmischung entkommen, indem sie ihre Kinder auf eine Privatschule schicken, werden das alle tun, die es sich irgendwie noch leisten können. Auch wenn das für sie zu großen Opfern führte. Steuern für eine verkorkste Bildungspolitik zahlten sie übrigens auch in diesem Fall weiter.

Würde man aber Privatschulen verbieten, führte der Vorschlag zu einer Einheitsschule. Aus dem Bestreben, es für alle gut machen zu wollen, aber es letztlich nicht zu können, würde es dann richtig schlecht und zwar für alle. ... Zum Vergleich: Ein schneller Hundertmeterläufer würde zwar einen langsameren ziehen können, aber nur um den Preis, daß er selbst seine Leistungsgrenzen niemals erreichen würde. Seine Leistungsmotivation würde dadurch auf Dauer zerstört werden, und bald würde er auf ein niedrigeres Niveau fallen.

... Man erklärt Kinder zur Verschiebungsmasse und macht sie zu Ausputzern einer verkorksten Einwanderungs- und Bildungspolitik, bringt die Senkung von Bildungsstandards politisch ernsthaft ins Gespräch und zwingt die Kinder in Einheitsschulen. Das alles zeugt von wenig Respekt den Kindern gegenüber, zeugt von einem Bildungsstalinismus, der die Kinder zu einem Rädchen im Getriebe erklärt und noch dazu entscheidende Fragen außer acht läßt, die bereits vor der großen Zuwanderung eine Rolle spielten.

Absurder neuer Lehrplan

Das beginnt bei der Einsparung von Lehrern, die dazu geführt hat, daß heute fast jeder ohne besondere Qualifikation unterrichten darf. Und es endet bei zweifelhaften, ideologiegetriebenen pädagogischen Experimenten wie Flexklassen, Erlernen des Schreibens nach Gehör, Verbot des Diktatschreibens, Abschaffung der Schreibschrift, Schaffung eines dem Wissens-

erwerb hinderlichen Zwangssystems von Gesellschafts- und Naturwissenschaften als große Unterrichtskomplexe. ...

Schädliche Bildungsreform

Es läßt sich natürlich schwer beurteilen, ob die Regierung meint, daß unseren Kindern Armutsspezialistentum im späteren Leben noch einmal nützlich sein wird. Wer Schüler nicht in die Systematik der Fächer, in ihre Logik, ihre Methodik und Methodologie einführt und schult, der verhindert jedoch, daß sie lernen, in Zusammenhängen zu denken. Schaut man sich die Vielzahl schädlicher "Bildungsreformen" an, kann man schwerlich dem Eindruck widerstehen, daß Bildungspolitik die Absenkung der Bildungsstandards zum Ziel hat.

Eine andere Studie besagt, daß Deutschland nur in einem Bereich sehr weit vorn liegt, und zwar in der Teamfähigkeit. Nach Bekanntwerden dieses Ergebnisses brach darüber Jubel aus, denn Wissen wäre nicht mehr wichtig, so hieß es, Wissen kann man sich schließlich auch ergoogeln. Menschen, die sich nur noch Wissen ergoogeln können, sind aber in allem abhängig von Google. Wir wissen zwar nichts, aber es ist doch toll, daß wir jetzt mal zusammen sind.

Den Leseschwächen der Grundschüler kann man also nicht mit der Schaffung der Einheitschule, nicht mit "Durchmischung" begegnen, sondern nur mit einem besseren, inhaltlich zielführenden Unterricht und mit einem ausdifferenzierten Schulsystem. Hier muß angesetzt werden, denn hier liegt die Bildung im Argen.<<

- **Abschaffung der traditionellen Familie:** Zersetzung und Zerstörung der altehrwürdigen bürgerlichen Familie (Berufstätigkeit beider Elternteile ermöglicht die gezielte Manipulation von Kindern in Kindertagesstätten, Übernahme der Erziehungsaufgabe durch staatliche Institutionen, wie z.B. Krippen und Ganztagschulen und die eigenmächtige Umsetzung der Gender-Ideologie).

Anstatt die bürgerliche Familie und ihre Rechte zu schützen und zu fördern, plant der Staat offensichtlich die komplette Abschaffung der bisherigen traditionellen Familie.

Je früher die Krippenerziehung beginnt, desto wirksamer kann die Mutter-Kind-Bindung gestört werden. Aufgrund der fehlenden Mutter-Kind-Bindung entwickeln sich die Kinder zu instabilen Persönlichkeiten, die leicht zu manipulieren sind. Im Rahmen der "grünen" (kommunistischen) Ideologie entzieht man den Eltern grundlegende Erziehungsrechte, um die individuelle Persönlichkeit der Kinder durch gezielte Manipulationsmaßnahmen (perverse Sexualerziehung etc.) systematisch zu zerstören. Die Spaltung und Zersetzung der bürgerlichen Familie führt letzten Endes zur Spaltung und Zerstörung der gesamten Gesellschaft.

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 6. Dezember 2017: >>**Familie: Die Charakterschmiede der Gesellschaft**

Anne-Dominique Kaufmann

Die Familie ist eine der genialsten Institutionen der Welt! Für Kinder ist die Familie der Ort, wo sie von Geburt an von Trainern begleitet werden, die sie bedingungslos lieben. Sie dürfen in kleinen Schritten mit ständiger Wiederholung die Kompetenzen lernen, die sie fürs Leben erfolgreich machen.

Geübt muß werden: Gehorsam, Respekt, Höflichkeit, Ausdauer, Ehrlichkeit, Genauigkeit, Ordnung, Selbstbeherrschung, Bescheidenheit, Freundlichkeit - bis sie zur Gewohnheit werden! ...

Und was ist die Familie für die Eltern? Eigentlich genau das gleiche Charakterübungsfeld wie für die Kinder, nur in der "Oberstufe". Hier übt sich in der Ehe, was man als Kind gelernt hat: Treue und Verbindlichkeit, die Fähigkeit, nachzugeben, Respekt und Höflichkeit füreinander, Akzeptanz und Wertschätzung, Ausdauer und Problemlösung, Vergebung und Liebe. Es ist harte, aber lohnenswerte Arbeit, denn bewährte Beziehungen werden tiefer, schöner, begehrenswerter! Und die Kinder lernen: so geht eine Ehe!

Es gibt für Eltern keine bessere Investition, als am Charakter ihrer Kinder zu "schmieden"! Das Resultat: starke, kompetente, selbstbewußte, junge Leute, die Harmonie und Erfolg im Leben haben und eine echte Bereicherung für die Gesellschaft sind!

Schließlich sollte uns allen klar sein, was früher jeder wußte:

- daß starke Männer und Frauen starke Ehen machen
- daß starke Ehen starke Kinder machen
- daß starke Eltern und Kinder starke Familien machen
- daß starke Familien eine starke Gesellschaft machen und
- daß eine starke Gesellschaft ein starkes Land macht!

Anne-Dominique Kaufmann ist ehemalige Musik-Lehrerin und inzwischen vollzeitige Ehefrau und Mutter von vier Kindern.<<

- **Zerstörung des Christentums:** Zurückdrängung von christlichen Werten und Positionen (Schwächung der christlichen Religionen durch staatliche Tolerierung von radikalen Sekten und atheistischen Organisationen).

Streichung des Gotteslästerungsparagraphen 166 Strafgesetzbuch (bis August 1969 wurden z.B. Gotteslästerung und blasphemische Angriffe auf das Christentum noch strafrechtlich geahndet, um die christlichen Konfessionen zu schützen und um den Charakter eines christlich geprägten Staatswesens zu bewahren).

Verleugnung des christlichen Erbes sowie Anfeindungen und Zurückdrängung von christlichen Werten und Positionen.

In diesem erbitterten Kulturkampf, der spätestens seit Bildung der 68er Bewegung geführt wird, soll die bisherige Bindekraft der christlichen Religion durch kommunistisch-atheistische Gesellschaftsideologien ersetzt werden. Die evangelische und die katholische Kirche unterwarfen sich fast widerstandslos der totalitären Gender-Ideologie und gehören gegenwärtig vielerorts sogar zu den fanatischsten Verteidigern der von den selbsternannten Gutmenschen eingeleiteten religiösen Destabilisierungsmaßnahmen. Dieser Glaubensverfall förderte einen dramatischen Niedergang der christlichen Werteordnungen, der "guten Sitten" sowie der alten "moralischen Werte" und verherrlichte schließlich den Atheismus und die Herrschaft der großenwahnsinnigen Öko-Hysteriker und der falschen Klimapropheten.

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 18. Juli 2016

(x892/...): >>Deutsche Kirche: Und weiter geht's bergab

Die Deutsche Bischofskonferenz hat am 15. Juli die aktuellen Zahlen über Kirchenaustritte, Taufen und Trauungen mitgeteilt. Angesicht dessen, was uns die Modernisten seit Jahrzehnten sagen, müßte die Kirche vor lauter Konversionen und Wachstum bereits in Schwierigkeiten kommen. Denn die Anpassung an die Welt und die "anthropologische Wende", weg von Gott und hin zum Menschen, hat ja angeblich den Zweck, die Menschen wieder zu Christus zu führen. Die Zahlen belegen das Gegenteil und zwar sehr deutlich.

Im Jahr 2015 traten in Deutschland 181.925 Katholiken aus der Kirche aus. Das sind etwa so viele Austritte wie im Jahr, als die schrecklichen Meldungen über den Mißbrauch von Kindern durch katholische Priester bekannt wurden. Im vergangenen Jahr gab es aber kaum noch solche Meldungen.

... Erzbischof Kardinal Marx, der große Vorsitzende der Bischofskonferenz, ist auch stolz. Es gab nämlich mehr Taufen und Trauungen. Sage und schreibe 150 (!!!) Trauungen mehr als 2014. Wenn das kein Erfolg ist.

Leider sank die Zahl der Kirchenbesucher. Aber was soll das schon, man setzt doch auf "Qualität statt Quantität". Die Kirchenbesucherzahl sank von 10,8 auf 10,4 Prozent. Wobei dies nicht die Besucher sind, die, wie nach Kirchengebot vorgeschrieben, jeden Sonntag die Hl. Messe besuchen, sondern Besucher, die mehr oder weniger "regelmäßig" - was das genau bedeutet sagt man nicht - die Messe besuchen. Übrigens: 1990, im Jahr der Wiedervereini-

gung, gingen 21,9 Prozent "regelmäßig" zur Messe.

Der Modernismus und Liberalismus sind gescheitert. In zehn Jahren werden die Kirchen vollständig leer sein. Gläubige, die ihren Glauben ernst nehmen, die nicht sich und den Menschen, sondern Gott in den Mittelpunkt stellen, gehen schon jetzt in die wahre Hl. Messe aller Zeiten und suchen die Seelsorge bei Priestern, die sich dem überlieferten Ritus und dem Glauben aller Zeiten verpflichtet fühlen, wie den Priestern der Petrusbruderschaft und vor allem der Piusbruderschaft.<<

- Islamisierung der Bundesrepublik Deutschland: Infolge der zunehmenden Schwächung des Christentums durch die linksliberale, atheistisch-materialistische Gender-Ideologie wird in Deutschland zwangsläufig die Ausbreitung des Islams gefördert, obwohl diese gemeingefährliche totalitäre Eroberungs- und Unterdrückungsideologie, in fast allen islamischen Ländern jede Art von Religionsfreiheit gewaltsam unterdrückt.

Der Islam ist nachweislich keine friedfertige "Religionsgemeinschaft", der unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland akzeptiert.

Artikel 4 des aktuellen deutschen Grundgesetzes (Stand: Januar 2018) zur "Religionsfreiheit" lautet wie folgt (x890/...): >>Artikel 4

(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.

(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.

(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.<<

Der Islam, der sich seit seiner Entstehung als Religionsgemeinschaft tarnt, war nie eine Religion des Friedens. Der Islam war immer eine religiös-politische Eroberungs- und Unterdrückungsideologie, die nachweislich die Weltherrschaft anstrebte (Ausspruch Mohammeds: "Der Islam herrscht, er wird nicht beherrscht.").

Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 4. Dezember 2015: >>Islam - Wo der Koran Anknüpfungspunkte für Gewalt bietet

Die Muslime müssen endlich den Koran und die Tradition des Propheten kritisch in Frage stellen. Sonst ist der interreligiöse Dialog zum Scheitern verurteilt.

Kommentar von Abdel-Hakim Ourghi

Muslime sehen den Koran als das Wort Gottes an, als Maß aller Dinge, an dessen Vorschriften sie sich orientieren. Daher nimmt der Koran in ihrem Alltag den wichtigsten Platz ein. Wer auch nur ein wenig an seinem Wortlaut rüttelt, einen Teil von ihm ablehnt oder ihn gar als Menschenwerk betrachtet, gilt manchen als Häretiker. Das Leben des Propheten und dessen religiöses und politisches Handeln kritisch zu hinterfragen, scheint ebenso tabu zu sein. Das Bild eines vollkommenen Lebens ohne Sünden muß aufrechterhalten werden und dient als ewig gültiges, gottgegebenes Vorbild. ...

"Führe uns den geraden Weg", heißt es in der ersten Sure des Koran

Eine sinnstiftende Legitimation dafür sind die sogenannten Schwertsuren. In Sure 9 des Korans - etwa ein Jahr vor dem Tod des Propheten offenbart - werden die Muslime aufgefordert, gegen jene zu kämpfen, "die nicht an Gott und auch nicht an den Jüngsten Tag glauben, die das, was Gott und sein Gesandter verboten haben, nicht verbieten und nicht der wahren Religion angehören - unter den Schriftbesitzern - ..." (Vers 29).

In Vers 33 wird der Islam als wahre Religion bezeichnet. Gott werde der Gemeinde zum Sieg über alle Religionen verhelfen. Auch in der letzten offenbarten Sure 5, Vers 33, ist zu lesen: "Der Lohn derer, die gegen Gott und seinen Gesandten Krieg führen und überall im Land eifrig auf Unheil bedacht sind, soll darin bestehen, daß sie umgebracht oder gekreuzigt werden, oder daß ihnen wechselweise (rechts und links) Hand und Fuß abgehauen wird, oder daß sie des Landes verwiesen werden."

Aus einigen Koranpassagen geht eine "symbolische Gewalt" hervor. Symbolische Gewalt operiert dezent und alltäglich und sichert die Anerkennung von Herrschaftsordnungen. In den Teilen des Korans, die in Medina offenbart wurden, findet sich ein ganzes Sündenregister von Juden, Christen und arabischen Heiden, das letztendlich als Rechtfertigung für den bewaffneten Umgang des Propheten dient. Durch die alltägliche Rezitation dieser umstrittenen Verse legitimieren viele Muslime bis heute unbewußt diese Gewalt im religiösen Leben.

Wenn sie das tägliche Gebet praktizieren, rezitieren die Muslime jeden Tag siebzehn Mal die erste Sure des Korans, "die Eröffnende". In dieser Sure, die offenbar aus der medinensischen Epoche stammt, wird gebetet: "Führe uns den geraden Weg, den Weg derer, denen Du Gnade erwiesen hast, nicht den Weg derer, die Deinem Zorn verfallen sind und irgehen!" (Vers 6-7). Die gesamte muslimische Koranexegese ist der Auffassung, daß sich der zweite Teil auf Juden und Christen bezieht. In Sure 2, Vers 120, werden sowohl Mohammed als auch die Muslime aufgefordert, Juden und Christen zu meiden.

Das Erbe von Medina

In Sure 3, Vers 85 ist zu lesen, daß keine andere Religion als Ersatz für den wahren Glauben an Gott dienen kann. Bereits in Vers 19 derselben Sure wird mit Nachdruck betont, daß der Islam die einzig wahre Religion sei. Die Umma (die Gemeinschaft der Muslime) wird sogar als die beste Gemeinschaft bezeichnet, die Gott den Menschen gestiftet habe (Koran 3:110).

Dadurch werden die Muslime in ihrem religiösen Überlegenheitsgefühl als Inhaber der absoluten Wahrheit bestärkt. Die klare Unterscheidung zwischen Gläubigen und Ungläubigen ist das fundamentale Denkschema der Muslime. Seine Dualität prägt das Denken auch in anderen Bereichen, dient zur Orientierung in der sozialen und religiösen Lebenswelt und bringt dementsprechende Praktiken hervor. ...

Akzentuiert muß betont werden, daß der nicht reformierte Islam keine Religion des Friedens ist. Das gehört zur Redlichkeit einer islamischen Theologie und Religionspädagogik. ...

Zum Autor: Abdel-Hakim Ourghi, 47, leitet den Fachbereich Islamische Theologie und Religionspädagogik an der Pädagogischen Hochschule Freiburg.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 17. September 2007: >>**Integration "Der Islam hat ein Doppelgesicht"**

Wegen ihrer kritischen Haltung zum Islam wurde Hiltrud Schröter immer wieder bedroht. Im Gespräch mit WELT ONLINE spricht die Autorin über Toleranz, Terrorismus und die Gefahr von Moscheen in Deutschland. Ihre Schlußfolgerung: Der Islam ist nicht mit der Demokratie vereinbar.

Die Autorin und Sozialwissenschaftlerin Hiltrud Schröter aus Frankfurt beschäftigt sich seit gut 20 Jahren mit Islam und Migration. Die 66-Jährige gilt als eine strenge Kritikerin. Die Wissenschaftlerin erhielt wegen ihrer Arbeit bereits mehrere Drohungen und für ihre Studie "Ahmadiyya-Bewegung des Islam" eine Strafanzeige von dieser muslimischen Sekte. Das Strafverfahren wurde allerdings von der Staatsanwaltschaft eingestellt. ...

WELT ONLINE: In Ihrem neuen Buch beschäftigen Sie sich mit dem Gesetz Allahs. Sie behaupten darin vehement, die Rechtsordnung des Islam sei generell nicht mit der Demokratie vereinbar. Warum?

Hiltrud Schröter: Unser Grundgesetz folgt dem Grundsatz der Gleichheit, also der Gleichberechtigung. Nach der Scharia dagegen muß Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandelt werden. Darauf fußt etwa die Diskriminierung der Frau im Islam. Eine Folge davon ist auch, daß Nicht-Muslime in islamischen Ländern weniger Rechte und andere Pflichten haben und Menschen zweiter Klasse sind. Religionsfreiheit gibt es nicht. Der Islam hat ein Doppelgesicht.

WELT ONLINE: Inwiefern?

Schröter: Der Islam ist ein totales und totalitäres System. Er ist nicht nur Religion, sondern

auch Politik. Er ist eine Politreligion mit Überlegenheits- und Herrschaftsanspruch. Allah ist der oberste Gesetzgeber und seine Gesetze sind im Koran und damit in der Scharia enthalten. Und im Koran ruft Allah einerseits zu Toleranz und Frieden auf, andererseits verspricht er denjenigen, die mit Gewalt gegen die Ungläubigen kämpfen, das Paradies. Darauf stützt sich der islamische Terrorismus. ...

WELT ONLINE: Der Verein, der die Moschee in Hausen plant, spricht davon, einen deutschen Islam einführen zu wollen, der offen und liberal sei.

Schröter: Dann soll er sagen, welche Stellen er aus dem Koran streichen will. Das Problem ist nämlich, daß Muslime das Ziel haben - wenn sie denn dem Gebot Allahs folgen - sobald sie als Minderheit eine gewisse Macht haben, die Scharia einzuführen, erst recht als Mehrheit. Dazu verpflichtet der Koran. Sie täuschen also zunächst die Anpassung vor. Im Koran heißt das taqiya. Innenminister Bouffier nennt das im Hessischen Verfassungsschutzbericht 2002 "Legalitätstaktik".

WELT ONLINE: Wie soll man mit Muslimen umgehen? Welche Konsequenzen fordern Sie?

Schröter: Ich trenne ganz deutlich zwischen Menschen und dem Islam als System. Das zeigt besonders gut mein Buch "Mohammeds deutsche Töchter". Aber wenn ein Muslim hier islamische Gesetze einführen will, dann lehne ich das ab. Das wichtigste ist, aufzuklären, daß der Islam auch totalitär ist.

WELT ONLINE: Das heißt, Sie würden den Neubau von Moscheen verbieten lassen?

Schröter: Moscheen sind ja keine "Gebetshäuser" und "Kirchen", wie oft naiv behauptet wird, sondern politische Zentren. Großprojekte wie in Köln und Hausen lehne ich ab, weil sie Demonstrationen islamischer Macht sind, die die Weltherrschaft anstrebt.

WELT ONLINE: Warum sind Sie so rigoros mit Ihrem Urteil?

Schröter: Meine Generation hat diese Suppe hierzulande eingebrockt. Ich kann die Folgen, die auf unsere Kinder und Enkelkinder zukommen, nicht verantworten: nämlich ein drittes totalitäres System nach Faschismus und Kommunismus und die Wiederkehr des Patriarchalismus.<<

Gewaltenteilung, Politiker, Lobbyismus, Amtsmißbrauch, Demokratie

Die "Neue "Zürcher Zeitung" berichtete am 26. November 1949 über die Sitzung des Deutschen Bundestages vom 24./25.11.1949 (x067/228): >>Im Laufe der Debatte wurde der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Kurt Schumacher, für 20 Sitzungstage vom Bundestag ausgeschlossen, da er in einem Zwischenruf Dr. Adenauer als "Bundeskanzler der Alliierten" bezeichnet hatte. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über Bundeskanzler Konrad Adenauer (x068/302): >>... Denn wie das ostdeutsche Marionettenensemble in Pankow Moskaus Direktiven erfüllte, so (erfüllte) im Westen, in Bonn, der katholische Kanzler (Adenauer) die Wünsche Washingtons, der USA, wo er übrigens, vielleicht als erster ausländischer Staatsmann, für sich eine Werbeagentur nutzte. ...<<

Die "BILD-Zeitung" berichtete über die Rede des deutschen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker (1920-2015) vom 8. Mai 1985 zum 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation: >>Weizsäckers große Rede zum 8. Mai

Der Bundespräsident Richard von Weizsäcker hält eine aufsehenerregende Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes.

Vor dem Bundestag erklärt er: "Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des

Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. ..."

Der Bundespräsident, Sohn des Staatssekretärs in Ribbentrops Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker, hebt die Bedeutung der Erinnerung hervor: "Erinnern heißt, eines Geschehens so ehrlich und rein zu gedenken, daß es zum Teil des eigenen Innern wird."

... Je ehrlicher die Deutschen den 8. Mai begingen, desto freier seien sie, sich seinen Folgen verantwortlich zu stellen. "Wir brauchen und wir haben die Kraft, der Wahrheit so gut wir es können ins Auge zu sehen, ohne Beschönigung und ohne Einseitigkeit". ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die Rede Weizsäckers zum 40. Jahrestag des Kriegsendes (x268/102-103): >>... Natürlich war das Kriegsende für die Insassen der Konzentrationslager, für die politischen Häftlinge in den Gefängnissen und für die vielen Regimekritiker eine Erlösung.

Auf der anderen Seite der Bilanz standen die "ethnische Säuberung" in den Vertreibungsgebieten (rund 30 Prozent des deutschen Siedlungsgebiets), die Spaltung von Restdeutschland und die neue Diktatur in der sowjetischen Besatzungszone. Dann waren da noch die Zwangsarbeit von Millionen deutscher Kriegsgefangener und Zivilisten, die Millionen Vergewaltigungen durch die Rote Armee, die neuen Konzentrationslager in der sowjetischen Besatzungszone und die Hungerpolitik der Westalliierten in ihren Zonen ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. November 1998 über den deutschen SPD-Politiker Gerhard Schröder: >>**Polen glauben an Kurswechsel der Bonner Europapolitik**

... Bundeskanzler Gerhard Schröder ist zu einem Arbeitsbesuch nach Warschau gekommen, wenige Tage nach Außenminister Fischer. ...

Der Kanzler distanzierte sich noch einmal von den Forderungen des Bundes der Vertriebenen, Entschädigungen für Vertriebene zu einer Vorbedingung des polnischen Beitritts zu machen: "Ich habe zu diesen Forderungen kein Verhältnis und gedenke auch nicht, eines herzustellen. Ich halte das für falsch. Diese Regierung wird keine Bedingungen für den EU-Beitritt aufstellen oder akzeptieren."

Seine Antwort nach Entschädigungen für polnische Zwangsarbeiter ist nicht so eindeutig: Es gebe bereits eine Stiftung, die "einen Teil dieser Ansprüche befriedigt", sagte er. ...<<

Der Schriftsteller Michael Kleeberg schrieb am 22. Mai 1999 in der Tageszeitung "Die Welt" über eine Deutschlandreise des französischen Schriftstellers Bernard-Henry Lévy (x268/23-24): >>Das Interessanteste war die Antwort Joschka Fischers (1998-2005 Bundesaußenminister) auf Lévy's Frage, was denn der Zement sei, der das heutige Deutschland zusammenhalte, der Urkonsens, der Anfangsmythos, so wie die Revolution von 1789 für Frankreich. Fischer antwortete, das sei, so seltsam es sich anhöre, für die Bundesrepublik wohl Auschwitz.

Es lohnt, eine Weile innezuhalten und zu überlegen, was ein solcher Satz bedeutet. Ein Staat, so scheint mir, der tatsächlich auf Auschwitz beruht, kann nur eine Finalität haben, nämlich zu verschwinden.

Die Chiffre Auschwitz kann vieles bedeuten, eines jedoch nicht: eine Konstruktionsvorlage. Ein Staat Deutschland, der statt auf den Toten seiner Revolution auf den Leichen der von seinen Vätern Vergasteten ruhte, dessen einzige Aufgabe wäre es, sich selbst und seinen Namen abzuwickeln. ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 8. Januar 2000 über den deutschen CDU-Politiker Helmut Kohl (1930-2017, von 1982-1998 Bundeskanzler) (x887/...): >>**Der Sumpf wird immer tiefer**

Elf-Aquitaine, Panzer, Parteispenden: Wer blickt da noch durch?

Die Parteispenden-Affäre wird immer unübersichtlicher. Inzwischen droht die Diskussion in Einzelheiten zu versickern. Immer weniger wird darüber gesprochen, worum es eigentlich

geht: um das "System Kohl" und seine Finanzierung.

Der damalige CDU-Parteichef hatte jahrelang "Schwarze Kassen" angelegt. War in irgendeinem CDU-Landesverband Not am Mann, dann konnte "unbürokratisch", wie es so schön hieß, geholfen werden. ...

In diesem Zusammenhang weisen Beobachter immer wieder auf die Leuna-Affäre hin. Hier hatte der per Haftbefehl gesuchte französische Geschäftsmann André Guelfi laut "Die Zeit" erklärt, es seien über seine Liechtensteiner Firma Noblepac beim Verkauf der mitteldeutschen Leuna-Raffinerie an den französischen Ölkonzern "Elf-Aquitaine" rund 75 Millionen Mark an "deutsche Parteien" geflossen. Inzwischen verdichten sich Hinweise, daß die Regierung Kohl dem Investorenkonsortium von Elf-Aquitaine und Thyssen unzulässig hohe Subventionen versprochen hat. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. Mai 2000 über den deutschen Grünen-Politiker Joseph Fischer (von 1998-2005 Außenminister): >>**Fischer denkt an Europäische Föderation ...**

Bundesaußenminister Joschka Fischer (Grüne) hat sich für den schrittweisen Ausbau der Europäischen Union zu einer Föderation ausgesprochen. Besonders engagierte Staaten könnten zunächst ein Kerneuropa bilden, sagte Fischer am Freitag in Berlin.

Frankreichs Regierung hat diesen Vorschlag begrüßt. "Die Ideen des deutschen Außenministers sind sinnvoll, Frankreich ist bereit, sie aktiv mitzutragen", erklärte das Außenministerium in Paris. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. Juni 2000 über den deutschen Grünen-Politiker Joseph Fischer (von 1998-2005 Außenminister): >>**Joschka Fischer: Deutsche mit sich im Reinen**

Außenminister Joschka Fischer (Grüne) sieht die Deutschen heute im Reinen mit sich und ihrer Geschichte. Sie seien "nach einer 150-jährigen tragischen Geschichte, der Suche nach dem eigenen Nationalstaat, der Verführung zur Hegemonie und schließlich dem Absturz ins Verbrechen endlich bei sich selbst angekommen", sagte Fischer der Wochenzeitung "Die Zeit". "Heute sind die Deutschen genauso mit sich selbst im Reinen wie die Franzosen, ... auch mit ihrer Geschichte", zu der die Auseinandersetzung mit und die Verantwortung für Auschwitz gehöre. ...

Fischer wies mit diesen Aussagen im Streitgespräch mit dem französischen Innenminister Jean-Pierre Chevènement dessen Kritik an seinen europapolitischen Zielen zurück. Chevènement sagte, die Deutschen flöhen vor ihrer Geschichte ins "Postnationale" und wollten daher eine europäische Föderation. Fischer meinte dagegen, die Deutschen seien keine "Fluchteuropäer", sein Vorschlag zu einer Föderation am Ende des europäischen Einigungsprozesses habe damit nichts zu tun. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 22. September 2000 über den deutschen Grünen-Politiker Joseph Fischer (von 1998-2005 Außenminister): >>**Mündige Bürger als Risiko**

Parteiherrschaft statt Demokratie: Warum das deutsche Volk nicht abstimmen darf

Aus verschiedenen Gründen können die Reaktionen auf den Vorstoß des deutschen EU-Kommissars Günter Verheugen (SPD), der sich für einen Volksentscheid über die EU-Osterweiterung ausgesprochen hat, als Lehrstück für die mentale Verfassung der Berliner politischen Klasse gewertet werden. Außenminister Joschka Fischer behauptete, daß die Möglichkeit einer Volksbefragung in der deutschen Verfassung nicht vorgesehen sei. "Allein die Möglichkeit, daß Deutschland eine Volksbefragung über den Beitritt Polens zur EU abhält - das muß man sich einmal vorstellen", raunte Fischer vielsagend. In der Tat: Wer die Deutschen als "Risiko" einstuft, der kann und darf ihnen nicht auch noch die Möglichkeit einräumen, über zentrale Fragen der deutschen Politik zu entscheiden.

Daß Bündnisgrüne und SPD im Koalitionsvertrag vereinbart haben, "auch auf Bundesebene Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid durch Änderung des Grundgesetzes einzuführen", interessiert Fischer offensichtlich nicht. ...<<

Der deutsche Nachrichtensender "n-tv" berichtete am 10. Januar 2006 über den deutschen Grünen-Politiker Joseph Fischer (von 1998-2005 Außenminister): >>**Gastprofessur an Elite-Uni**

Fischers neues Leben

Der ehemalige Außenminister Joschka Fischer will nach Informationen des "Sterns" Gastprofessor in den USA werden. Die Zeitschrift berichtet unter Berufung auf das Umfeld des Grünen-Politikers. Fischer habe geheime Verhandlungen über eine Gastprofessur an einer amerikanischen Elite-Universität geführt. Seit längerem hätten ihm Anfragen aus Princeton in der Nähe von New York und Harvard im US-Bundesstaat Massachusetts vorgelegen.

In Princeton hatte Fischer bereits 2003 einen Vortrag über "Europa und die Zukunft der transatlantischen Beziehungen" gehalten. Laut "Stern" will Fischer, der weder Abitur noch ein Studium vorweisen kann, aber nicht für immer in die USA umziehen, sondern nur für zwei bis drei Jahre. Er verhandele zudem noch mit einem US-Forschungsinstitut über eine Mitarbeit im Bereich der Außenpolitik. ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 27. Februar 2010 über eine Rede des SPD-Politikers Sigmar Gabriel (von 2009-2017 SPD-Vorsitzender): >>**Parteitag in Dortmund: SPD-Chef Gabriel holzt gegen Union und FDP**

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hat auf dem Sonderparteitag in Dortmund den Angriff auf Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen ausgerufen. ...

Der Bundesregierung aus Union und FDP warf Gabriel Unfähigkeit vor. Er habe in seinem politischen Leben "noch nie einen so katastrophalen Start einer Regierung in Deutschland erlebt". Schwarz-Gelb sei "die schwächste Regierung, die wir je hatten". "Wir haben gar keine Bundesregierung", fügte Gabriel unter dem Beifall der rund 450 Delegierten hinzu.

Vielmehr sei Kanzlerin Angela Merkel (CDU) "Geschäftsführerin einer neuen Nichtregierungsorganisation in Deutschland". ...<<

Der deutsche CSU-Politiker Horst L. Seehofer (seit 2008 bayerischer Ministerpräsident) erklärte am 20. Mai 2010 während einer Unterhaltung mit dem Kabarettisten Erwin Pelzig (x317/151): >>... Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 16. Oktober 2011: >>**"Lebenslüge der Bundesrepublik"**

von Egon Bahr (1922-2015, von 1972-1976 SPD-Bundesminister)

Von einem "Unterwerfungsbrief" sprach Willy Brandt und lehnte eine Unterzeichnung zunächst empört ab: "Schließlich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amtseid verpflichtet. Die Botschafter (der Alliierten) könnten ihn wohl kaum absetzen! Da mußte er sich belehren lassen, daß schon Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Erhard und danach Kiesinger." So schilderte es Egon Bahr 2009 in der "Zeit" und machte damit erstmals die Existenz der sogenannten "Kanzlerakte" öffentlich. Nun nimmt er hier zum zweiten Mal dazu in einer Zeitung Stellung.

In der *Zeit* habe ich geschildert, wie dem frisch gewählten Bundeskanzler Willy Brandt bei Amtsantritt "drei Briefe" an die Botschafter der Westmächte zur Unterschrift vorgelegt wurden. Damit sollte er zustimmend bestätigen, was die Militärgouverneure in ihrem Genehmigungsschreiben zum Grundgesetz vom 12. Mai 1949 an verbindlichen Vorbehalten gemacht hatten. Als Inhaber der unkündbaren Siegerrechte für Deutschland als Ganzes und Berlin hatten sie diejenigen Artikel des Grundgesetzes suspendiert, also außer Kraft gesetzt, die sie als Einschränkung ihrer Hoheit verstanden. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 29. Mai 2012 über den deutschen Grünen-Politiker Joseph Fischer (von 1998-2005 Außenminister): >>**Joschka Fischer: Deutsche sollen zahlen**

Joschka Fischer hat die Deutschen aufgefordert, für die Schulden der anderen Euro-Staaten aufzukommen. In einem Aufsatz für den amerikanischen Thinktank projectsyndicate.com schrieb der frühere Außenminister, Deutschlands "Macht und Wohlstand" sollten zur Rettung der EU eingesetzt werden.

Laut Fischer hätten die Deutschen sich im 20. Jahrhundert zweimal selbst vernichtet. "Es wäre sowohl tragisch als auch ironisch, wenn das wiedervereinigte Deutschland, obwohl friedlich und mit den besten Absichten, die europäische Ordnung ein drittes Mal ruinieren würde", so der grüne Spitzenpolitiker.

Als Konsequenz solle Deutschland seine Mittel einsetzen, um die Schuldner der Euro-Zone freizukaufen. Die Bundesrepublik müsse einer Fiskalunion zustimmen. Unbegrenzt solle die Europäische Zentralbank künftig die Staatsanleihen der Schuldnerstaaten ankaufen. Zudem sollten Schulden durch die Ausgabe von Eurobonds "europäisiert" werden. Schließlich sollten neue Wachstumspakete aufgelegt werden, um den Wiederaufbau zu unterstützen. Andernfalls drohe der Zerfall des Euro und der totale Niedergang des Kontinents. ...

Projectsyndicate ist eine private Denkschule, die Artikel von Publizisten durch ein Netz von Zeitungen verbreitet. Sie wird indirekt von dem amerikanischen Multimilliardär George Soros unterstützt.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 6. Juli 2012: >>**"Damit ist die Grenze überschritten"**

... Herr Professor Schachtschneider, warum muß der ESM in Karlsruhe scheitern?

Schachtschneider: Vor allem, weil er die Grenze zum EU-Bundesstaat überschreitet, also mit der nationalen Souveränität unvereinbar ist.

Und warum ist das ein Problem?

Schachtschneider: Deutschland ist der Staat des deutschen Volkes seit 1871. Dieser Staat ist souverän. Er kann nicht Gliedstaat eines europäischen Bundesstaates sein, ohne seine Souveränität aufzugeben oder zumindest einzuschränken, wie das Bundesverfassungsgericht im Lisbon-Urteil vom Juni 2009 klargestellt hat. ...

Der "Münchener Merkur" schreibt: "Wenn Historiker eines Tages darüber sinnieren, wann Deutschland als souveräner Staat aufgehört hat zu existieren und die Metamorphose in ein Bundesland der Vereinigten Staaten von Europa begann, dann dürfte ihr Blick auf den Tag der Verabschiedung des ESM-Vertrags fallen."

Schachtschneider: Völlig richtig. Wir leben längst im entdemokratisierten Unionsstaat. Die politische Union ist weit entwickelt. Sie bedarf der Legitimation durch ein Unionsvolk oder muß gänzlich neu gestaltet werden. Dafür bin ich, für ein europäisches Europa, ein Europa der Vaterländer, das, völkervertraglich verbunden, in Frieden und Freiheit zusammenlebt. Und nicht für ein Europa einer von der Finanzindustrie bestimmten bürokratischen Diktatur, das mit dem langgezogenen Staatsstreich ertrotzt werden soll, und langfristig mittels Wahlen der weitgehend verarmten Bevölkerung in einen sozialistischen Staat ohne Völker umgewandelt wird. Aber genau das wird solange Maxime der Unionspolitik sein, wie diese nicht unterbunden wird.

Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider Der Staatsrechtler (72) lehrte in Berlin, Hamburg und Erlangen.<<

Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" berichtete am 4. August 2013 über den deutschen Politiker Gregor Gysi (1990-2000 und ab 2005 Bundestagsabgeordneter, DIE LINKEN): >>**"Das ist mir alles zu lahm"**

... Gregor Gysi im Gespräch mit Gerhard Schröder

Gerhard Schröder: Herr Gysi, PRISM, Tempora, X-Keyscore, das sind kryptische Kürzel, die vor kurzem niemand kannte. Jetzt stehen sie in den Schlagzeilen. Sie bezeichnen Programme, mit denen britische und amerikanische Geheimdienste massenhaft E-Mails und andere Daten von auch Privatnutzern im Internet abschöpfen sollen. Das behauptet zumindest der frühere amerikanische Geheimdienstler Edward Snowden, der sich derzeit in Rußland versteckt hält. Sind für Sie die Ausmaße dieses Abhörskandals schon erkennbar?

Gregor Gysi: Nein, noch nicht, weil man ja jeden Tag was Neues erfährt, und das ist dann immer so, daß das so ein Zyklus ist, bei dem plötzlich die Faktenlage sich verändert, verschiebt. Es geht offensichtlich um Millionen Daten, es sind natürlich schwerwiegende Grundrechtsverletzungen, und ich finde, daß unsere Regierung viel zu wenig tut. Aber was ich eben auch erstaunlich finde ist, daß ja das Besatzungsstatut immer noch gilt. Wäre es nicht doch an der Zeit, daß wir mal als Land souverän werden und die Besatzung beendet wird? Dazu müßte eben auch das Besatzungsstatut aufgehoben werden. Jetzt haben sie nur die Verwaltungsvereinbarung zwischen den Geheimdiensten aufgekündigt, das reicht nicht. Wir brauchen kein Besatzungsstatut mehr, Deutschland muß das beenden. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 25. Mai 2014 über den deutschen CDU-Politiker Helmut Kohl (1930-2017, von 1982-1998 Bundeskanzler): >>... Dem "großen Europäer" Helmut Kohl hielt Frederick Forsyth 1997 vor, er habe in einer Rede vor Studenten erklärt, den Deutschen sei nicht zu trauen, weshalb die "europäischen Freunde" sie fesseln und wirtschaftlich anbinden sollten, damit sie sich nie wieder losreißen und einen europäischen Krieg anzetteln könnten. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 13. Juli 2015 über eine Rede des deutschen CDU-Politikers Wolfgang Schäuble vom 18.11.2011 in Frankfurt: >>**Ein Staat im Wachkoma**

... Im Lichte der heutigen Besatzungssituation Deutschlands, bedingt durch die fortgeltenden Besatzungsstatute und Vorbehaltsrechte der Alliierten, die in Deutschland Militärbasen, amerikanische Atomwaffen und grenzenlose Spionage überhaupt erst möglich machen und vor dem Hintergrund, daß Deutschland nach wie vor bei den Vereinten Nationen als Feindstaat geführt, keine Verfassung, kein gültiges Grundgesetz und keinen Friedensvertrag hat, läßt sich das Fortbestehen des Deutschen Reiches nur so verstehen, wie Wolfgang Schäuble es im November 2011 formulierte: "Wir hier in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen." ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. Oktober 2015: >>**Die US-Luftwaffe ist dabei, auf dem Bundeswehr-Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz neue Atomwaffen zu stationieren, darunter Marschflugkörper**

Das hat ein Polit-Magazin des ZDF aufgedeckt. Sollte das geschehen, so könnte das die strategische Balance in Europa beeinträchtigen. In diesem Falle, so der russische Regierungssprecher Dmitri Peskow, würde Moskau Gegenmaßnahmen ergreifen.

Es kann nicht überraschen, daß das Bundesverteidigungsministerium zu diesem Vorgang nichts zu sagen weiß. Dabei ist Deutschland weitaus mehr darin verstrickt als nur dadurch, daß die Atomwaffen auf deutschem Territorium gelagert werden, einem Territorium allerdings, das zwar formal deutsch, aber der deutschen Souveränität entzogen ist. Wie wenig diese Souveränität tatsächlich zählt, zeigt die Vergeblichkeit, mit welcher der Bundestag im Jahr 2010 mit großer Mehrheit den Beschluß gefaßt hat, die Bundesregierung solle sich "gegenüber den amerikanischen Verbündeten mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einsetzen". Sollte die Bundesregierung das je versucht haben, dürfte das in Washington zur Heiterkeit Anlaß gegeben haben. ...<<

Der pensionierte evangelische Berufsschulpastor Eberhardt Kleina kritisierte am 20. Oktober 2015 in einem Offenen Brief die Flüchtlingspolitik der deutschen Bundeskanzlerin Angela

Merkel (x881/...): >>Flüchtlingsströme nach Europa: Eine getarnte Masseneinwanderung?

... Wer könnte sonst noch ein Interesse haben, möglichst viele Fremde, besonders Muslime, hier aufzunehmen? Bei einem Blick ins linke politische Spektrum wird man schnell fündig. Hier träumt man seit langem von einem bunten, multikulturellen und multireligiösen Deutschland. Deutschland soll entnationalisiert und internationalisiert werden.

Vorreiter sind Grüne und Linke, aber auch die SPD und selbst CDU und FDP als (einstmals) bürgerliche Parteien scheinen irgendwie offen für diesen Trend zu sein. Schnell erklären sich so die euphorischen Willkommensgrüße, wenn Züge aus Österreich eintreffen, so erklärt sich auch die Meinung eines Herrn Gabriel bezüglich der Zuwanderung, so erklärt sich, wenn der frühere Bundespräsident Wulff und Frau Merkel betonen, der Islam gehöre zu Deutschland. So erklären sich auch die folgenden Stellungnahmen grüner Politiker:

"Deutschland muß von außen eingehegt und von innen durch Zustrom heterogenisiert, quasi verdünnt werden." (Joschka Fischer, Bündnis 90/Die Grünen, ehemaliger Außenminister).

"Deutschland verschwindet jeden Tag immer mehr, und das finde ich einfach großartig." (Jürgen Trittin, Bündnis 90/Die Grünen, ehemaliger niedersächsischer Landesminister, danach Bundesminister).

"Deutsche sind Nicht-Migranten, mehr nicht." (Claudia Roth, Bündnis 90/Die Grünen, amtierende Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages).

"Der deutsche Nachwuchs heißt jetzt Mustafa, Giovanni und Ali." (Cem Özdemir, Parteichef Bündnis 90/Die Grünen).

"Ich wollte, daß Frankreich bis zur Elbe reicht und Polen direkt an Frankreich grenzt." (Sieglinde Frieß, Grüne und Verdi-Funktionärin).

"Wir, die Grünen, müssen dafür sorgen, so viele Ausländer wie möglich nach Deutschland zu holen. Wenn sie in Deutschland sind, müssen wir für ihr Wahlrecht kämpfen. Wenn wir das erreicht haben, werden wir den Stimmenanteil haben, den wir brauchen, um diese Republik zu verändern." (Daniel Cohn-Bendit, Bündnis 90/Die Grünen, Abgeordneter des Europa-Parlaments).

So ist es nicht verwunderlich, daß man von linken Demonstranten auf der Straße Sprechchöre hört wie: "Deutschland verrecke!"

Es soll an dieser Stelle nicht behauptet werden, daß alle Grünen solche extremen Meinungen vertreten, aber es ist bezeichnend, daß man diese Stellungnahmen einfach stehen läßt und nicht vehement kritisiert. ...<<

Die Tageszeitung "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. November 2015: >>Europa in der Flüchtlingskrise: Merkel destabilisiert Deutschland und Europa

Angela Merkels Flüchtlingspolitik bedeutet den Verzicht auf die wichtigsten Gestaltungsmittel der Politik. Mit ihrem Vorgehen nimmt die Bundeskanzlerin das Ende des Westens vorweg.

"Es liegt nicht in unserer Macht, wie viele nach Deutschland kommen." In diesem lapidar klingenden Satz der Bundeskanzlerin stecken eine verblüffende Kapitulation und zugleich ein kühner Aufbruch. Er enthält den Verzicht auf die wichtigsten Gestaltungsmittel der Politik - die Kontrolle über das Staatsgebiet und das Staatsvolk. In seiner Totalität bedeutet er, daß das Deutschland, das wir kennen, vergehen wird. Und zugleich erkennt er an, was sozial bewegte Christen und linke Internationalisten schon lange voraussagen: daß sich der Widerspruch zwischen einem kleinen Teil der Welt, der friedlich und wohlhabend ist, und einem großen Teil, in dem Armut und Gewalt herrschen, nicht ewig wird aushalten lassen.

Die Frau, die immer auf Sicht gefahren ist, scheint plötzlich den ganz weiten Horizont in den Blick zu nehmen. Ihrer Wende in der Flüchtlings- und Migrationspolitik liegt ein Geschichts-determinismus zugrunde, der von einem unaufhaltsamen Epochenwechsel ausgeht und diesen

beschleunigt, wenn nicht vorwegnimmt. ...<<

Die "Schweriner Volkszeitung" (SVZ) berichtete am 21. November 2015 über den deutschen CDU-Politiker Helmut Kohl (1930-2017, von 1982-1998 Bundeskanzler): >>**Der Weg von Angela Merkel: Von "Kohls Mädchen" zur Kanzlerin**

... Am 16. November 1999 offenbarte Kohl in einem ZDF-Interview, daß er während seiner Kanzlerschaft am Parteispendinggesetz vorbei Millionenbeträge entgegengenommen hatte. Kohl weigerte sich unter Verweis auf sein Ehrenwort, die Geldgeber zu nennen. Ein Ex-Kanzler, der sein Ehrenwort höher stellte als das Gesetz. Da war das Maß wohl voll:

Generalsekretärin Angela Merkel veröffentlichte am 22. Dezember 1999 einen Gastbeitrag in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ), in dem sie die Partei zur Abnabelung aufforderte: "Die Partei muß also laufen lernen, muß sich zutrauen, in Zukunft auch ohne ihr altes Schlachtroß ... den Kampf mit dem politischen Gegner aufzunehmen. Sie muß sich wie jemand in der Pubertät von zu Hause lösen, eigene Wege gehen."

Die oft als Quotenfrau aus dem Osten diffamierte Merkel kratzte nicht nur am Denkmal ihres Ziehvaters, sie stieß es um. Was hat sie da geritten? Womöglich war es gerade die Prägung aus DDR-Zeiten: Merkel hatte erlebt, wie ein "Kabinett der greisen Männer", das Politbüro der SED, die losgelöst von der Wirklichkeit "da draußen" die Bodenhaftung längst verloren und sich in einer Scheinwelt eingegelt hatten. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. Juni 2016 über den deutschen SPD-Politiker Willy Brandt (1913-1992): >>**USA unterstützten Brandt mit Geld**

Willy Brandt, späterer deutscher Kanzler und SPD-Chef, ist in den Fünfziger Jahren von der US-Besatzungsmacht mit geheimen Zahlungen im SPD-internen Machtkampf unterstützt worden.

Dem "Spiegel" zufolge hätten die Amerikaner dem damaligen West-Berliner Bundestagsabgeordneten 1950 die große Summe von 200.000 Mark zukommen lassen. Die Amerikaner hätten Brandt gefördert, weil er zu jenen Berliner Sozialdemokraten gehörte, die eine Westintegration der Bundesrepublik befürworteten. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. September 2016: >>**Sarkozy beleidigt politische Freunde**

Ex-Berater veröffentlicht Mitschnitte von Gesprächen des früheren Präsidenten ...

Auch aus einer Unterhaltung Sarkozys mit Bundeskanzlerin Angela Merkel zitiert Buisson. Sarkozy soll scherzhaft zu ihr gesagt haben: "Ich bin der Kopf, Sie sind die Beine." Die Kanzlerin antwortete demnach unter Anspielung auf die deutsche Finanzkraft in Europa: "Nein, ich bin die Bank." ...<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 9. August 2017: >>**Mehr Patriotismus wagen!**

... Verspielen wir nicht unser Erbe!

Erinnert sich noch jemand an das "Sommermärchen" 2006? Deutschland als Austragungsort der Fußball-WM in einem fröhlichen Meer von Schwarz-Rot-Gold, die Welt zu Gast bei Freunden, Erleichterung im europäischen Ausland: Die Deutschen sind endlich normal geworden und haben ein entspanntes, positives Verhältnis zu ihrem Land und ihren Nationalsymbolen gefunden.

Das war gerade mal ein halbes Jahr nach Angela Merkels erster Wahl zur Bundeskanzlerin. Nach zwölf Merkel-Jahren hat sich das Bild dramatisch geändert. Die Szene, wie die Parteichefin nach ihrem dritten Wahlerfolg 2013 ihrem linkischen damaligen Generalsekretär Hermann Gröhe am Wahlabend ein Deutschlandfähnchen entwindet und es verärgert von der Bühne wirft, steht dafür als Symbol: Deutschland ist zur Abwicklung freigegeben.

Mit einer Mischung aus ungläubigem Staunen, verhaltenem Entsetzen und da und dort auch heimlicher Schadenfreude beobachtet die Welt seit Jahren, wie Deutschlands politische Klasse

das eigene Land und seine Stärken demontiert:

- wie sie den Wohlstand und das Volksvermögen der eigenen Bürger verpfändet, um gescheiterte Krisenstaaten in der Euro-Währungsunion zu halten und sich dafür auch noch als "Unterdrücker" beschimpfen läßt;
- wie sie mit einer irrationalen "Energiewende" die sichere deutsche Energieversorgung zerschlägt, Bürgern und Industrie unerträglich hohe Energiekosten aufbürdet und die europäischen Stromnetze bis an die Belastungsgrenze strapaziert;
- wie sie noch eine "Mobilitätswende" obendrauf setzen will und im Griff grün-linker Öko-Ideologen einen Vernichtungsfeldzug gegen den Dieselmotor und damit gegen die eigene Automobilindustrie führt;
- wie sie die Kontrolle über die eigenen Grenzen aufgegeben hat, millionenfache Einwandererströme eingeladen hat und andere EU-Staaten moralisch erpressen will, sich an der Aufnahme dieser Ströme zu beteiligen.

Dieser Moralimperialismus hat Deutschland politisch isoliert und einen tiefen Keil zwischen die europäischen Staaten getrieben. Noch 2013 bewunderte der damalige Londoner Bürgermeister Boris Johnson Deutschland als Vorbild für Europa. Inzwischen ist Großbritannien wegen der Berliner Asylpolitik aus der EU ausgetreten, Austrittsbefürworter Johnson ist Außenminister, und der britische Politologe Anthony Gledes schüttelt den Kopf über den "gefühlsgeliteten Hippie-Staat" Deutschland, der alle Regeln bricht. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 7. Dezember 2017 über den deutschen SPD-Politiker Martin Schulz: >>SPD-Parteitag stimmt für Gespräche mit der Union

... In seiner Parteitagsrede forderte Schulz die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa bis 2025. "Ich will, daß es einen europäischen Verfassungsvertrag gibt, der ein föderales Europa schafft", sagte der frühere Präsident des Europaparlaments. ...

Kritik an Schulz' Thesen zur Europapolitik kam aus der CSU. "Man muß jemanden, der die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa bis 2025 fordert, der damit die Auflösung der Nationalstaaten in den kommenden sieben Jahren will und der alle, die sich diesem Diktat nicht beugen wollen, aus der EU rausschmeißen will, wohl als einen Europaradikalen bezeichnen", sagte CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt laut einem Bericht der *Welt*.<<

Gewaltenteilung

Judikative, Exekutive und Legislative sollten in einer Demokratie unabhängige Gewalten sein, damit die Macht nicht in "einer Hand" gebündelt werden kann.

In der Bundesrepublik Deutschland sieht das Grundgesetz (Artikel 20) jedoch anscheinend bewußt keine spezielle Gewaltenteilung vor.

Artikel 20 des deutschen Grundgesetzes (Stand: Januar 2018) lautete wie folgt (x890/...):

>>Artikel 20

(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist. ...<<

Die etablierten Parteien bestimmen seit jeher die Legislative, die Exekutive und wählen außerdem die höchsten Vertreter der Judikative (bestimmen damit indirekt die gesamte Justiz). Die eigentlich unabhängige demokratische Gewaltenteilung (Judikative, Exekutive und Legislative) existiert demnach nicht, weil die gesamte Staatsgewalt durch die gewählten Parteien

ausgeübt wird.

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. September 2017:

>>**Volk außer Kontrolle**

Wie die Deutschen ihre Angst verloren haben, wen das besonders erschrecken muß, und wie uns die Amis Gewaltenteilung lehren

... Wie tief das Mißverständnis der Mächtigen der deutschen Republik in Sachen Demokratie schon reicht, läßt sich auch an den Kommentaren zur Entwicklung in den USA ablesen. Mit diebischer Freude verfolgen Deutschlands Tonangeber in den Medien, wie US-Präsident Donald Trump gegen ein rebellisches Parlament anrennen muß. Wie ihn die Volksvertreter zu Verhandlungen und Kompromissen nötigen und ihren Präsidenten auch gerne mal komplett auflaufen lassen.

"Trump im Kongreß gescheitert" jubeln deutsche Redaktionen auf und deuten das als Schwäche des US-Präsidenten, von der sich die Stärke und der Rückhalt unserer Kanzlerin so wohltuend abhebe, was doch der Beweis dafür sei, daß unsere Demokratie derzeit viel besser funktioniere als die der Amis. Haha!

Die gleiche Begeisterung löst es aus, wenn der ungeliebte Trump von einem hohen Gericht in die Schranken gewiesen wird. Seht ihr: Er kann es nicht! Wir dagegen ...

Die US-Amerikaner nennen das, was sie da treiben, "checks and balances", zu Deutsch: Überprüfung und Ausgleich. Wir Deutsche enttarnen das natürlich als Beschönigung, die lediglich übertünchen soll, wie's da drüben drunter und drüber geht.

Was die teutonischen Besserdemokraten leider übersehen, ist, daß es sich bei dem Treiben in Übersee um nichts anderes handelt als um praktizierte Gewaltenteilung. Genauso haben es sich die Schöpfer der modernen Demokratie nämlich gedacht: Daß das Parlament aus gewählten Volksvertretern die Regierung streng kontrolliert und daß die Gerichte beide Organe, Regierung wie Volksvertretung, genau im Auge behalten, damit alles, was sie treiben, im Rahmen der Gesetze bleibt.

Doch wie funktionierte das im Deutschland der vergangenen Jahre? Das Parlament "kontrolliert" die Regierung? Es läuft genau umgekehrt: In der größten Regierungsfraktion etwa schwang ein getreuer Gefolgsmann der Kanzlerin namens Volker Kauder die Rute über folgende Fraktionssoldaten, die in untertäniger Treue strammstanden vor ihrer Herrin.

So hob die Kanzlerin mit einem Fingerschnippen die Gesetze zur Grenzkontrolle und Einreise auf - doch weder im Parlament noch sonstwo regte sich hörbarer Widerstand, höchstens auf der Straße. Über die Bürger, die dort zu protestieren wagten, rollte jedoch die "vierte Gewalt" in Gestalt der "unabhängigen" Staatsmedien hinweg, um die Hitler-Karte zu zücken.

Gegen dieses Gespinnst einer alles überspannenden Allmacht kam nichts und niemand auf. Gewaltenteilung? "Checks and balances"? Nichts dergleichen.

Aus diesem Machtgefühl scheint die Kanzlerin noch immer ihre Ruhe zu schöpfen. Wenn man sieht, mit welcher Selbstverständlichkeit sie im Amt verharrt, kann man den Eindruck bekommen: Im Grunde ihres Herzens zweifelt Merkel nach zwölf Jahren an der Regierung daran, daß das sogenannte Volk überhaupt noch das moralische Recht hat, über ihre Kanzlerschaft abzustimmen.<<

Politiker, Lobbyismus, Amtsmißbrauch

Artikel 38 des deutschen Grundgesetzes (Stand: Januar 2018) lautete wie folgt (x890/...):

>>Artikel 38

(1) Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen. ...<<

Einige Abgeordnete des Deutschen Bundestages sind jedoch schon längst keine Vertreter des

Volkes mehr, denn in den letzten Jahrzehnten bildete sich heimlich eine spezielle Klasse von fremdbestimmten Berufspolitikern. Diesem politischen Kartell geht es in erster Linie um die Sicherung der besetzten Machtpositionen und der Durchsetzung der sogenannten Neuen Weltordnung (Abschaffung des deutschen Nationalstaates, Umvolkung usw.). Obgleich die Abgeordneten relativ gute Vergütungen erhalten, nutzen außerdem viele Abgeordnete die Politik vor allem dazu, um besser bezahlte Posten in der Privatwirtschaft zu ergattern oder übernehmen zusätzlich gesetzlich nicht erlaubte Nebentätigkeiten. Nicht wenige Abgeordnete erliegen den geschickt agierenden Lobbyorganisationen und werden später für ihre Dienste von privaten Unternehmen übernommen.

In allen deutschen Ministerien arbeiten außerdem von den Lobbyverbänden bezahlte Mitarbeiter. Diese Beschäftigten der Lobbyisten beteiligen sich nicht selten aktiv an der Ausarbeitung von Gesetzesvorschlägen, Ausschreibungen etc.

Die Tageszeitung "Handelsblatt" berichtete am 9. Dezember 2010: >>Transparency-Umfrage

Deutsche halten ihre Parteien für zutiefst korrupt

Die Deutschen haben keine gute Meinung von ihren Parteien. Im Gegenteil: Sie halten sie für tief verstrickt in Korruption und Lobbyismus. Justiz und Polizei genießen dagegen in der Bevölkerung höchstes Vertrauen, wie eine am Donnerstag veröffentlichte Umfrage von Transparency International (TI) ergab.

... Auf einer Skala von eins (nicht korrupt) bis fünf (höchst korrupt) kamen die Parteien lediglich auf die Note 3,7. Das ist der schlechteste Wert aller Sektoren, zu denen TI rund 1.000 Deutsche repräsentativ befragt hatte. Die Privatwirtschaft schnitt mit der Note 3,3 ab, der öffentliche Sektor mit 3,2 und die Medien mit einer glatten drei. Die Spitzenplätze belegten Bildungseinrichtungen und Polizei mit 2,3 und die Justiz (2,4).

Für die Parteien sei die Umfrage ein Warnsignal, sagte die Vorsitzende von Transparency Deutschland, Edda Müller. ...

"Die Parteien laufen immer mehr Gefahr, das Vertrauen und die Unterstützung ihrer Wähler zu verspielen", warnte Müller. So müßten endlich klare Regeln für Parteiensponsoring eingeführt werden. TI fordert unter anderem, daß Sachunterstützungen, etwa bei Parteitagen, wie Parteispenden veröffentlicht werden müssen. ...

Der Bevölkerung scheint das allerdings nicht zu reichen. In der Umfrage gaben siebzig Prozent der Deutschen an, ihrer Meinung nach habe die Korruption in den vergangenen drei Jahren zugenommen. International liegt dieser Wert nur bei 60 Prozent. ...

Die EU-Kommissarin für Innenpolitik, Cecilia Malmström, kündigte an, den Kampf gegen Korruption in Europa zu verstärken. "Die Maßnahmen, die bis jetzt in der EU ergriffen wurden, haben noch keine überzeugenden Ergebnisse gebracht", sagte sie der "Welt". Deutliches Zeichen dafür sei, daß eine Mehrheit der EU-Bürger glaube, daß es in den Verwaltungen ihrer Länder Korruption gebe.<<

Der Bundeskanzler und die Bundesminister leisten bei der Amtsübernahme vor dem Bundestag gemäß Artikel 64 des deutschen Grundgesetzes den in Artikel 56 vorgesehenen Eid.

Artikel 64 des deutschen Grundgesetzes (Stand: Januar 2018) lautete wie folgt (x890/...):
>>Artikel 64

(1) Die Bundesminister werden auf Vorschlag des Bundeskanzlers vom Bundespräsidenten ernannt und entlassen.

(2) Der Bundeskanzler und die Bundesminister leisten bei der Amtsübernahme vor dem Bundestage den in Artikel 56 vorgesehenen Eid. ...<<

Artikel 56 des deutschen Grundgesetzes (Stand: Januar 2018) lautete wie folgt (x890/...):
>>Artikel 56...

"Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bun-

des wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe."

Der Eid kann auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden. ...<<

Die katastrophalen politischen Destabilisierungsmaßnahmen (Beispiele: Beseitigung der bisherigen stabilen Stromversorgungssicherheit durch die sog. Energiewende, unbegrenzter Ankauf von Staatsanleihen der angeschlagenen Euro-Staaten gemäß ESM-Vertrag, Masseninvasion von Migranten infolge der illegalen Grenzöffnung im Jahre 2015. Diese Grenzöffnung, die ohne Zustimmung des Bundestages eigenmächtig durch Bundeskanzlerin Merkel angeordnet wurde, diente sicherlich nicht dem Wohle des deutschen Volkes und fügte der Bundesrepublik Deutschland gigantische Schäden zu.

Es gehört nachweislich nicht zu den Aufgaben und Pflichten des deutschen Staates, Millionen von Migranten, die gewaltsam in unser Land eindringen, aufzunehmen und sie bis an ihr Lebensende kostenlos bei uns zu versorgen.

In erster Linie gehört es zu den vorrangigen Pflichten der deutschen Regierung, das persönliche Wohl und das Gemeinwohl der Deutschen zu gewährleisten, die diesen Sozialstaat aufgebaut haben, deshalb müssen alle nicht anerkannten Asylbewerber aus den entferntesten Teilen der Welt umgehend in ihre Heimat zurückkehren.

Ungeachtet der permanenten Rechtsbrüche von Mitgliedern der deutschen Bundesregierung blieben die verantwortlichen Politiker völlig unbehelligt und konnten ihre Tätigkeit in aller Ruhe fortsetzen. Lediglich die Kritiker dieser verfassungsfeindlichen Rechtsbrüche wurden als "Pack" und geistige Brandstifter ausgegrenzt oder pauschal als Nazis diffamiert. In einem demokratischen Rechtsstaat, der das Gemeinwohl der bereits "länger hier lebenden und arbeitenden Deutschen" wirklich schützt, würden alle beteiligten Politiker, die zweifelsfrei gegen geltendes deutsches Recht verstoßen haben, längst wegen ihrer Rechtsbrüche im Gefängnis sein.

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 23. August 2017: >>**Gehört Merkel hinter Gitter?**

"Wer vor Gericht oder vor einer anderen zur Abnahme von Eiden zuständigen Stelle falsch schwört, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr bestraft." So steht es in Paragraph 154, Absatz 1, des Strafgesetzbuches (StGB). Dreimal hat Angela Merkel (CDU) im Deutschen Bundestag die Hand zum Kanzler-Eid gehoben, hat vor dem deutschen Volk feierlich geschworen, seinen Nutzen zu mehren und Schaden von ihm zu wenden. Das Ergebnis ihrer Politik ist sattsam bekannt. Daher stellt sich die Frage: Gehört Merkel ins Gefängnis? ...

Eigentlich sollte man meinen, daß der Kanzler-Eid ein rechtskräftig verpflichtender Eid ist wie jeder andere. Zumal sich Angela Merkel bei ihr passender Gelegenheit selbst auf ihn berufen hat. Am 27. Februar 2012 erklärte sie in Bezug auf die Euro-Rettung und einen möglichen Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone: "**Abenteuer einzugehen, verbietet mein Amtseid.**"

HÖRT, HÖRT!

Ein Verbot ist nach gängiger Rechtsauffassung eine Anweisung zur Unterlassung einer Handlung. Diese Anweisung kann in Regeln, Richtlinien, Befehlen oder Rechtsnormen näher definiert sein, Letztere etwa als gesetzliches Verbot.

Frau Merkel scheint ihren Amtseid selbstherrlich auszulegen. Jedenfalls hat er offenbar nicht "verboten":

- mit dem überhasteten und opportunistischen Ausstieg aus der Kernenergie 2011 nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima dem deutschen Volk ganz erheblichen Schaden zuzufügen. Laut Bundesverfassungsgericht steht den Stromversorgern eine "angemessene Entschädigung" zu. Diese beziffern ihren Schaden auf mindestens 20 Milliarden Euro. Den eigentlichen und weit größeren Schaden können alle Stromkunden auf ihrer seit Jahren dramatisch steigen-

den Stromrechnung ablesen.

Jedenfalls hält es Frau Merkel offenbar mit ihrem Amtseid auch für vereinbar, daß die Bundesregierung mit der illegalen Grenzöffnung fortlaufend gegen geltendes Recht verstößt; daß sie mit der Verpfändung deutscher Sparguthaben zugunsten südeuropäischer Euro-Länder den Schaden und nicht den Nutzen des deutschen Volkes mehrt; daß die Regierung mit der hunderttausendfachen Duldung von Scheinasylanten und Wirtschaftsmigranten auf Kosten deutscher Steuer- und Beitragszahler keinesfalls "Gerechtigkeit gegenüber jedermann" ausübt. **Und trägt die Kanzlerin nicht zumindest indirekt politische Mitverantwortung dafür, daß islamistische Terroristen nicht rechtzeitig abgeschoben wurden?**

Man reibt sich verwundert die Augen: Wieso wurde Angela Merkel bislang nicht wegen Verletzung ihres Amtseides belangt? Müßte sie - eigentlich - nicht längst im Gefängnis einsitzen? Hat sie doch vor der höchsten Instanz überhaupt - der Vertretung des deutschen Volkes! - feierlich geschworen: "So wahr mir Gott helfe."

Fakt ist: Jeder, der vor einem Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages oder eines Landtages falsch aussagt, ob eidlich oder uneidlich, macht sich strafbar.

Ist der Kanzler-Eid also nur eine hohle Phrase? Hätte Merkel ebenso gut auf das CDU-Wahlprogramm oder die Speisekarte eines Berliner Promi-Restaurants schwören können?

LEIDER JA!

Denn der strafbewehrte Meineid betreffe nur falsche Zeugenaussagen vor Gerichten oder Untersuchungsausschüssen.

So sehen es die überwiegende Mehrheit der Verfassungsjuristen und auch der wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages. Nach dieser Auslegung ist der Kanzler-Eid lediglich ein feierliches Versprechen, im Sinne einer politischen Beteuerung. Also: Wie versprochen, so gebrochen! ...<<

Angesicht der permanenten Mißachtung des Grundgesetzes durch Mitglieder der Bundesregierung ist es höchste Zeit, daß das Deutsche Volk den Staat und die Gesellschaft vorübergehend selbst verteidigt, denn "alle Deutschen haben das Recht zum Widerstand (gemäß Artikel 20, Absatz 4, Grundgesetz), wenn andere Abhilfe nicht möglich ist".

Artikel 20 des deutschen Grundgesetzes (Stand: Januar 2018) lautete wie folgt (x890/...):
>>Artikel 20 ...

(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist. ...<<

Die arglistig eingeleiteten Destabilisierungsmaßnahmen werden die staatlichen Institutionen und den deutschen Industriestandort unweigerlich komplett ruinieren sowie die sozialen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland und letzten Endes den gesamten deutschen Staat unaufhaltsam zerstören.

Gemäß § 81 StGB begeht Hochverrat,

"(1) Wer es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt

1. den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen oder
2. die auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beruhende verfassungsmäßige Ordnung zu ändern ...".

Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe ist für Staatsschutzstrafsachen verantwortlich, die durch Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt den Bestand der Bundesrepublik Deutschland gefährden ("Hochverrat" laut Paragraph 81 Strafgesetzbuch), und verpflichtet, eingehende Strafanzeigen zu prüfen.

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 12. Juli 1951: >>>Blitzgesetz gegen Landesverrat

Wer es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt die Verfassungsmäßige Ord-

nung zu ändern, das Bundesgebiet einem fremden Staat einzuverleiben oder einen Teil des Bundesgebietes loszureißen ..., wird wegen Hochverrats mit lebenslangem Zuchthaus oder mit Zuchthaus nicht unter zehn Jahren bestraft ..."

Der Hochverratsparagraph, den die Besatzungsmächte 1945 eiligst abgeschafft hatten, tritt jetzt in der Strafrechtsnovelle; die in dieser Woche im Bundestag behandelt wurde, wieder ins Leben. Sechs Jahre lang war Deutschland das einzige Land der Welt, in dem Hoch- und Landesverrat erlaubt waren. Seither hat man eingesehen, daß es dabei nicht bleiben kann. ...

Während die Tatbestände des Hoch- und Landesverrats traditionell sind, versucht die Novelle in dem Abschnitt "Staatsgefährdung" neue Tatbestände zu erfassen. Hier findet man das Delikt des "Verfassungsverrats", der als ein Versuch definiert wird, "unter Mißbrauch oder Anmaßung von Hoheitsbefugnissen" den Bestand der Bundesrepublik zu beeinträchtigen oder die Verfassungsgrundsätze zu beseitigen.

Da zumindest der Mißbrauch von Hoheitsbefugnissen nur von der Regierung und ihren Organen ausgeführt werden kann, scheint sich die Bestimmung in erster Linie gegen treulose Beauftragte des Staates selbst zu richten. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 18. Dezember 2016:

>>**Jetzt f***** wir das System! Die letzten Tage vor dem Bürgerkrieg?! (Teil 2)**

Wolfgang Eggert analysiert die Lage der Nation ...

Die **Grundlage jeder Erhebung** ist stets eine klare Interessenstrennung zwischen Regierung und Volk, in einem "unten" als wesentlich und belästigend empfundenen Punkt. Heute wird die Aufgabe des gemeinsamen Hauses Deutschland zugunsten einer aus Brüssel fernverwalteten und aus aller Welt gefluteten Trabantenstadt als genau das empfunden. Wiederholten Umfragen zufolge, lehnt über die Hälfte der Bevölkerung dieses ideologisch-verstiegene Globalisierungsprojekt ab.

Nun sehen wir uns die **Ereignislinie** an, die jedem "Aufstand" historisch zu eigen ist:

1. Die Herrschenden ignorieren (a) diesen Widerwillen im Volk und reklamieren (b) ihre Politik als "alternativlos". Sie verschließen sich (c) in einen Elfenbeinturm und regieren von dort (d) weiter an großen Teilen des Volkes vorbei oder direkt gegen diese.

2. Viele Bürger fühlen die von oben herab vollzogene Abwendung, die früher oder später als echte Trennung erlebt wird. In der Folge wenden sie sich schließlich selbst ab. Erst von den prominentesten Systemvertretern, dann auch von Parteien und schließlich vom System als solchen.

3. Das Bestehen einer als wirklichkeitsfremd und gegen das Volk wahrgenommenen Politik ist, verbunden mit der fehlenden Bereitschaft, die Betroffenen einzubinden ein wichtiger Punkt ("Die hören uns nicht"). Die Unfähigkeit oder gar der Unwille der Regierung, die Kollateralschäden ihrer selbstangerichteten Politik zu benennen oder zu bereinigen ("Die tun ja eh nichts") ist ein anderer. Gegen ersteres kann die entschlossenste Vertreterschaft der zur Seite geschobenen Bevölkerung (die Avantgarde des Umbruchs) nichts ausrichten. Gegen letzteres schon.

4. Einige Bürger erkennen in einem Einzelfall den Freiraum, selbst praktisch gegen Mißstände zu handeln. Sie steigen ein, um ihn zu nutzen. Sie handeln dabei noch nicht GEGEN die Regierung, sondern agieren NEBEN ihr. Die Aktivisten operieren dabei nicht GEGEN das Gesetz, im Gegenteil, sie HELFEN diesem zu seiner Durchsetzung, auf einem rechtlich erlaubten Spielfeld.

5. Selbst "entschiedene" Bürger beschreiten dieses Feld nur, wenn der Staat auf diesem wiederholte Mißerfolge eingefahren hat, oder wenn schlimmerenfalls gar der Verdacht besteht, daß die Regierung dort - z.B. aus politischen Gründen- gar nicht handeln will. Haben diese Wenigen, und hier reichen bereits ein paar Dutzend, nun als Hilfspolizisten Erfolg, dann kommt "unten" automatisch die für jedes Regime totengräberische Erkenntnis "daß es auch

bzw. scheinbar nur so geht" auf.

So und nicht anders "beginnt es". So beginnt eine Revolution. Die Kette fallender Domino-
steine ist bereits bis zu diesem Punkt durchschritten, weshalb der Fachmann für Neuere Ge-
schichte und Militärstrategie Prof. Michael Wolffsohn heute mit vollem Recht von "bürger-
kriegsreifen oder sich am Rande des Bürgerkriegs entwickelte Situationen" spricht (*Jüdische
Rundschau*, 13.12.2016). Wolffsohn unterrichtete 30 Jahre an der Universität der Bundeswehr
München und wurde vor wenigen Monaten zum "Hochschullehrer des Jahres 2016" gekürt.

Das ist der Punkt an dem wir stehen. Was überrascht ist nun die vermeintliche Zwangsläufig-
keit, in der wir dorthin gekommen sind. Es gibt genügend Regierungsautoritäten, die diesen
Prozeß hätten aufhalten können. Sie haben das nicht getan. Im Gegenteil scheint sich das Sy-
stem laufend selbst zu sabotieren. Von außen und von innen. Warum? Warum passiert das?
Gibt es Profiteure für die sich laufend weiter erhitzende Situation? Und wenn ja: Wer kann
das sein? ...<<

Ablösung der repräsentativen Demokratie durch eine direkte bzw. unmittelbare Demo- kratie

Die von den westlichen Siegermächten gegründete BRD war wie die DDR nie ein souveräner
Staat, denn ihre Geschäftsfähigkeit wurde durch die Siegermächte infolge des Besatzungssta-
tutes drastisch eingeschränkt. Die freien, geheimen Wahlen in der BRD waren zwar frei und
geheim, aber die gewählten Parteien und Abgeordneten waren nicht souverän. Aufgrund des
Besatzungsstatutes, der geheimen Zusatzverträge (Ruhrstatut und Zwangsmitgliedschaft in
den Folgegemeinschaften Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion,
EG und EU) und der zahlreichen geheimen Vorbehaltsrechte handelten die gewählten Parteien
und Abgeordneten seit Gründung der BRD im Auftrag der alliierten Siegermächte.

Die etablierten deutschen Parteien überwachten zunächst zwar nicht sämtliche Lebensbereiche
der BRD-Bürger, aber sie kontrollierten und lenkten seit Jahrzehnten große Teile der
öffentlichen Medien, um ihre politische Machtstellung zu sichern. Nach der sogenannten
Wiedervereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Re-
publik wurde die öffentliche Meinung im "vereinigten Deutschland" massiv ideologisch nach
dem "erfolgreichen DDR-Vorbild" beeinflußt bzw. gleichgeschaltet.

Vor allem die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten wurden nach der Ver-
einigung West- und Mitteldeutschlands zur leichten Beute der politischen Regierungsparteien.
Die entsprechenden Parteimitglieder der Regierung besetzten nach und nach alle wichtigen
Verwaltungsposten der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten, um ihren
Einfluß und ihre Machtposition mit allen Mitteln zu sichern. Andersdenkende und kritische
Bürger, die sich gegen die destabilisierende Politik in der "neuen" Bundesrepublik Deutsch-
land auflehnten, wurden pauschal als "Nazis", "Reichsbürger", "Verschwörungstheoretiker"
oder "Volksfeinde" diffamiert, verfolgt und geächtet.

Aufgrund der überragenden Macht der Parteien und der großen Medienmacht blieb die
Demokratie zwangsläufig auf der Strecke, denn eine unabhängige Demokratie steht und fällt
mit der Machtkontrolle durch kritische und freie öffentliche Medien. Die öffentlich-
rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten entwickelten sich schließlich wie in der
ehemaligen DDR zu linkslastigen Propagandaanstalten, in denen mehrheitlich keine
ausgewogene, neutrale oder unabhängige Berichterstattung und freie Meinungsäußerungen
mehr stattfanden.

Die einseitige deutsche Geschichtsschreibung richtete sich ebenfalls ausschließlich nach der
von den "politisch korrekten" Staatsmedien, Staatskünstlern und Staatsintellektuellen verbrei-
teten Geschichtsversion der Siegermächte. Im Jahre 1950 gründeten kommunistische Intellek-
tuelle der sog. Frankfurter Schuler mit Finanzmitteln der US-Besatzungsmacht und anderen

Geldgebern das Frankfurter Institut für Sozialforschung, um die planmäßige Umerziehung der Deutschen durchzusetzen. Im Rahmen dieser sogenannten "Reeducation" ("Umerziehung") reduzierten die alliierten Siegermächte die mehr als tausendjährige ruhmreiche Geschichte der Deutschen fast ausschließlich auf die unsäglichen zwölf Jahre des NS-Regimes.

Zum Schluß wurde die von den westlichen Alliierten angestrebte totale Ausmerzung aller deutschen Traditionen durchgesetzt, so daß die Deutschen praktisch ihre eigene Identität, nationale Kultur und Daseinsberechtigung verloren. Die von der neumarxistischen Frankfurter Schule ausgebildeten oder beeinflussten Politiker, Hochschullehrer, Lehrer und Journalisten (68er Bewegung) schafften letzten Endes ein totalitäres Gesinnungskartell, um jeglichen Widerstand zu verfolgen, zu unterdrücken oder als faschistisch abzuurteilen.

Infolge der jahrzehntelangen Umerziehung der Deutschen wurde allmählich jegliche Form von Nationalstolz oder Selbstbewußtsein systematisch ausgemerzt und durch einen regelrechten Schuldskult (Verächtlichmachung des Eigenen: NS-Kollektivschuld, Nationalmasochismus und Schuldbewußtsein) ersetzt.

In der Bundesrepublik Deutschland existiert gegenwärtig eigentlich keine mittelbare, repräsentative Demokratie in der die gewählten Volksvertreter eigenverantwortlich für das Volk handeln, sondern es etablierte sich eine Art Parteienherrschaft, in der die gewählten Parteien das Denken und Handeln für das Volk übernahmen, ohne jedoch daran zu denken, den Wählerwillen des Volkes zu berücksichtigen. Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland durfte bekanntlich noch nie per Volksentscheid über wichtige Themen (Änderungen der Verfassung, Abgabe nationaler Souveränität an die EU, UN-Migrationspakt etc.) abstimmen.

Um diesen undemokratischen Zustand zu beenden, sollte unbedingt eine direkte bzw. unmittelbare Demokratie realisiert werden. Nach dem Schweizer Vorbild sollten zukünftig keine Verfassungsänderungen und keine bedeutsamen völkerrechtlichen Verträge ohne Zustimmung des Volkes beschlossen werden, damit endlich nach dem Willen des deutschen Volkes, dem souveränen Träger der Staatsgewalt, regiert wird.